

Bundestagswahl 26.09.2021

Synopse

Wahlprogramme der Parteien –
Zentrale ver.di-Themen aus Arbeitnehmer*innensicht

Teil 1 von 5: Arbeit der Zukunft

Verantwortlich

ver.di-Bundesverwaltung, Ressort Vorsitzender
Leiter Politisches Verbindungsbüro, Markus Fuß (markus.fuss@verdi.de)



					
		<p>einfacher klären</p> <p>Organisierung von Plattform-Beschäftigten – Arbeitnehmerstatus klären</p> <p>Verbandsklagerecht für Gewerkschaften</p>	<p>Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden;</p> <p>Streikrecht auch für Beamt*innen;</p> <p>OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden abschaffen;</p> <p>Paragraf 118 Betriebsverfassungsgesetz (Ausnahmeregelung für Tendenzbetriebe und Religionsgemeinschaften) streichen;</p>		
<p>Mitbestimmung</p> <p>Wir wollen Mitbestimmungsrechte und -strukturen ausbauen.</p> <p>Zur Prävention und Sanktionierung von Betriebsratsbehinderung ist der Kündigungsschutz für Betriebsräte weiter auszubauen und die Durchsetzung bestehender Sanktionen ist zu verbessern.</p> <p>Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten bei Einführung mobiler Arbeit, der Weiterbildung, digitaler Arbeit und künstlicher Intelligenz, beim Fremdpersonaleinsatz,</p>	<p>Mitbestimmung</p> <p>Gerade wegen des digitalen Wandels und der Zunahme ortsungebundener Arbeitsplätze ist es wichtig, Betriebsräte durch elektronische Verfahren online wählen zu lassen, wenn der Wahlvorstand diese befürwortet. Wie mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz begonnen, werden wir auch in den kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt unsere Mitbestimmungskultur erhalten und Mitbestimmungsrechte sichern.</p>	<p>Mitbestimmung</p> <p>Parität in Aufsichtsräten bei mehr als 1.000 Beschäftigten und Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen besonders stark auf die Beschäftigten auswirken</p> <p>Absenkung von Schwellenwerten; Mitbestimmung bei Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern;</p> <p>BetrVG: echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien</p>	<p>Mitbestimmung</p> <p>Verpflichtende echte Parität in allen AR aller Unternehmen ab 500 Beschäftigten;</p> <p>Belegschaftsabstimmungen bei Fragen von erheblicher Bedeutung</p> <p>Schwerpunktstaatsanwaltschaften einführen für Straftatbestände aus dem BetrVG und Arbeitsrecht</p> <p>Betriebszwingendes Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung</p> <p>Mitbestimmungsrechte auf Prävention im Gesundheitsschutz und bei Arbeitsschutz erstrecken</p>	<p>Mitbestimmung</p> <p>Paritätische Mitbestimmung in AR ab 1.000 Beschäftigten</p> <p>Schlichtungsverfahren einführen</p> <p>Mehr Schutz für Betriebsrät*innen und für die Gründer*innen eines Gremiums</p> <p>Mitbestimmungsrechte für BR, Personalräte und Jugend- und Auszubildungsververtretungen ausbauen, u.a. bei Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortverlagerungen ins Ausland, Frauenstärkung, Vielfaltsförderung, Klimabilanzverbesserung</p>	<p>Mitbestimmung</p>



					
<p>der Personalbemessung, der Beschäftigungssicherung und Umweltschutz/ Nachhaltigkeit.</p> <p>Einführung eines betriebsverfassungrechtlichen Zutrittsrechts der Gewerkschaften in den Betrieb.</p> <p>Wir wollen gute mitbestimmte Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten einschließlich der Beamtinnen und Beamten.</p> <p>Streichung der Tendenzbestimmungen in Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung.</p> <p>Stärkung transnationaler Interessenvertretungen (EBR/SEBR).</p> <p>Stärkung der Unternehmensmitbestimmung und Verhinderung der Mitbestimmungsvermeidung oder -flucht durch europäische und nationale Gesetze.</p> <p>Zur Stärkung der Unternehmensmitbestimmung fordern wir die Absenkung der Schwellenwerte auf 1000 bzw. 250 Beschäftigte; das Ende des Doppelstimmrechts für Aufsichtsratsvorsitzende, die</p>		<p>und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), bei der Personalbemessung, betrieblichen Weiterbildung</p> <p>Ausbau des Kündigungsschutzes für Betriebsräte. Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen JAV Mitbestimmungsmöglichkeiten verbessern, ihr Vertretungsrecht auf alle Beschäftigten in Ausbildung ausdehnen und die Gründung von JAVen erleichtern.</p>	<p>Zwingende Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Fragen, besonders für Betriebs- und Standortänderungen und Entlassungen, beim betrieblichen Umweltschutz, bei der Planung von Tätigkeiten und von Arbeitsbedingungen, bei der Änderung von Arbeitsplätzen und bei der Arbeitsintensität</p> <p>Erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche Aus-, Weiter- und Fortbildung und bei Neuausrichtung der Unternehmen, Verpflichtende Personalplanung bei über 100 Beschäftigten in Konzernen und Holdings: Rechte von Betriebsrät*innen stärken.</p> <p>BR-Wahlen erleichtern</p> <p>Kündigungsschutz für alle Organe d. BetrVG</p> <p>gleiche Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Jugend- und Auszubildendenvertretung</p> <p>Schärfere Sanktionen bei Unionbusting</p>		



					
<p>Erweiterung des Katalogs zustimmungspflichtiger Geschäfte sowie keine Bestellung von Arbeitsdirektor*innen gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter*innen</p>					



					
<p>Gleichstellung Gender Pay Gap</p> <p>Den Gender Pay Gap endlich überwinden.</p> <p>Entgeltgleichheitsgesetz einführen mit verbindlichen Prüfverfahren, einer Berichtspflicht für Unternehmen und das Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.</p> <p>Anspruch auf vollzeit(-nahe) Arbeitsplätze, die ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen, sollte ermöglicht werden.</p> <p>Frauenquote für alle Unternehmen</p> <p>Parität in Parlamenten</p> <p>Gender Budgeting einführen.</p> <p>Gleiche steuerfinanzierte Bewertung von Kindererziehung und Aufwertung von Pflegezeiten in Rente</p> <p>Geschlechtergerechtes Einkommenssteuerrecht</p> <p>Individualbesteuerung statt Ehegattensplitting.</p>	<p>Gleichstellung Gender Pay Gap</p> <p>Gleichberechtigung von Frauen und Männern – Situation von Frauen in allen Politikfeldern in den Blick nehmen</p> <p>Beruflicher Aufstieg, Teilhabe an Führungspositionen, mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen, geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken beseitigen (Entgelttransparenz-Gesetz weiter evaluieren und wenn nötig überarbeiten)</p> <p>Frauen für MINT-Berufe begeistern und Karrieren in der Wissenschaft erleichtern (z.B. Kinderbetreuung und familienfreundliche Anstellungsmodell in der Postdoc-Phase)</p>	<p>Gleichstellung Gender Pay Gap</p> <p>Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie</p> <p>Paritätsgesetz in Bund, Ländern und Kommunen ein Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln</p> <p>Quote auf alle börsennotierte oder mitbestimmten Unternehmen ausweiten und wirksame Sanktionen einführen</p> <p>Für Frauen und Mädchen Zugang zu MINT-Berufen</p> <p>Belästigung und Gewalt mit Rechtsrahmen und wirksamer Strafverfolgung begegnen, Umsetzung „Istanbul-Konvention“ und ILO Konvention; Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz, Einsetzung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide</p> <p>Paragraf 219a abschaffen und Klarstellung Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht</p>	<p>Gleichstellung Gender Pay Gap</p> <p>Zuallererst, Geld, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür werden wir ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht einführen, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen.</p> <p>Frauenquote von 50 Prozent in Führungspositionen und eine stärkere Teilung von Führungsaufgaben und -positionen durch Jobsharing oder andere Arbeitsmodelle</p> <p>bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten, um unbezahlte Sorgearbeit entsprechend zu würdigen.</p> <p>Sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich für pflegende Angehörige.</p>	<p>Gleichstellung Gender Pay Gap</p> <p>Gleichberechtigung</p> <p>Gender-Check für Gesetze, auch bei öffentlicher Auftragsvergabe, Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, Frauenhäuser absichern, vor Zwang und Ausbeutung absichern, Selbstbestimmung in der Gesundheitsversorgung, Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr im Strafgesetzbuch (§218 und §219), sondern außerhalb regeln</p> <p>Entgeltgleichheit: national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen (mit Verbandsklagerecht), verpflichtendes Lohncheck-Verfahren einführen</p> <p>Führungsgremien vielfältiger machen: 1/3-Quote für Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei Neubesetzung für Frauen, Elternzeitregelung im Aktienrecht schaffen; 40-Prozent-Frauenquote in Aufsichtsräten; 50-Prozent-Frauenquote in Ministerien, Verwaltungen, Anstalten des öffentlichen Rechts, kommunalen Verbänden und Unternehmen</p>	<p>Gleichstellung Gender Pay Gap</p> <p>Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen. Es sollen sowohl der durchschnittliche als auch der mittlere Verdienstunterschied und der prozentuale Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen Gehaltsgruppen angegeben werden.</p> <p>Statt starrer Quoten setzen wir uns für Selbstverpflichtungen ein, in denen sich größere Unternehmen verpflichten, dass sich der Anteil von Frauen einer Unternehmensebene in der Führung der jeweiligen Ebene widerspiegelt. Für die Vorstandsebene sollten sich Unternehmen ebenfalls zu einer Verbesserung des Frauenanteils verpflichten. Unternehmen müssen Gleichstellungsberichte erstellen.</p>



					
<p>Gute Arbeit</p> <p>Mindestlohn. Er muss durch eine politische Entscheidung unverzüglich auf mindestens 12 Euro angehoben werden.</p> <p>Die sachgrundlose Befristung muss abgeschafft und Kettenbefristungen müssen überwunden werden, Befristungen nach Sachgrund sind einzuschränken.</p> <p>Auch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss entsprechend verändert werden.</p> <p>Werkverträge werden häufig genutzt, um Tarifstandards und andere Normen zu unterlaufen. Dieser Missbrauch von Werkverträgen muss durch wirksame Gesetze und Kontrollen verhindert werden.</p> <p>In der Zeit- und Leiharbeit brauchen wir gleiche Bezahlung und Arbeitsbedingungen vom ersten Tag der Verleihung an, plus 10% Flexibilitätszulage. Der Streikbrechereinsatz muss in allen Fällen untersagt werden.</p> <p>Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Arbeit umgewandelt werden.</p>	<p>Gute Arbeit Befristungen</p> <p>Sachgrundlose Befristung soll Ausnahme bleiben; darf 2 Jahre nicht überschreiten. Ausweitung von Kettenbefristungen abgelehnt. Missbrauch soll verhindert werden.</p> <p>Leiharbeit / Werkverträge</p> <p>Mit Arbeitsschutzkontrollen gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Leiharbeit soll so bleiben. Scheinselbstständigkeit (Statusfeststellung) ggf. durch Anpassungen verhindern, personelle Aufstockung der Clearingstelle</p> <p>Minijobs</p> <p>Grenze wird von 450 € auf 550 € erhöht und entsprechend der MiLo-Entwicklung überprüft.</p> <p>Arbeitszeit</p> <p>Anstelle der täglichen, soll die wöchentliche Höchst-arbeitszeit greifen; Ausnahme: gefahrgeneigte Berufe.</p> <p>Mobiles Arbeiten – Homeoffice – Plattform</p> <p>Mobile Arbeit und Arbeitsschutz, „wir“ setzen auf</p>	<p>Gute Arbeit Mindestlohn</p> <p>Zunächst mind. 12 Euro und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.</p> <p>Befristungen</p> <p>Sachgrundlose Befristungen abschaffen. Befristungen nach Sachgründen kritisch prüfen.</p> <p>Leiharbeit / Werkverträge</p> <p>Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Festangestellte.</p> <p>Minijobs</p> <p>Minijobs sollen in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden inklusive Übergangsphase und Ausnahmen (bspw. Rentner). Die Gleitzone bei Midi-Jobs wird auf 1.600 € erweitert.</p> <p>Arbeitszeit</p> <p>Arbeitszeitgesetz erhalten</p> <p>Mobiles Arbeiten – Homeoffice – Plattform</p> <p>Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten; grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer</p>	<p>Gute Arbeit Mindestlohn</p> <p>13 Euro, Zuschläge und Sonderzahlungen nicht verrechnen, sämtliche Ausnahmen streichen, Kontrollen und Kontrolleure verdoppeln, Meldeportal einrichten.</p> <p>Befristungen</p> <p>Sachgrundlose Befristungen abschaffen; B. nach Gründen begrenzen; B. nach Haushaltsmitteln und öffentl. geförderten Projekten abschaffen. Ab 3. Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber keine Befristung mehr.</p> <p>Leiharbeit / Werkverträge</p> <p>Leiharbeit verbieten – bis dahin – gleicher Lohn vom ersten Tag an wie Festangestellte plus Flexi-Prämie von 10%. Leiharbeit/Arbeitnehmerüberlassung wird an Arbeitsplatz geknüpft und nicht an Person. Leiharbeit und Werkverträge werden an die Zustimmung des BR und an die Einhaltung von TVs geknüpft. Arbeitgeber müssen nachweisen, dass es sich um Werkvertrag handelt und kein Arbeitsverhältnis =</p>	<p>Gute Arbeit Mindestlohn</p> <p>sofort auf 12 Euro erhöhen; anschließend muss er weiter steigen und mindestens der Entwicklung der Tariflöhne entsprechen; Mindestlohn-Kommission reformieren; Ausnahmen für unter 18-jährige und Langzeitarbeitslose abschaffen</p> <p>Befristungen</p> <p>Sachgrundlose Befristungen abschaffen.</p> <p>Leiharbeit / Werkverträge</p> <p>Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Gegen Missbrauch bei Werkverträgen (auch Subunternehmen) wird ordnungspolitisch vorgegangen.</p> <p>Minijobs</p> <p>Minijobs sollen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden.</p> <p>Arbeitszeit</p> <p>Flexibler Arbeitszeitkorridor zum Vorteil der</p>	<p>Gute Arbeit Leiharbeit / Werkverträge</p> <p>Unnötige gesetzliche Sondervorschriften zur Zeitarbeit behindern die Integrationsfunktion der Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt und führen zu zusätzlicher Bürokratie. Das wollen wir ändern und zum Beispiel die Höchstüberlassungsdauer aufheben.</p> <p>Minijobs</p> <p>Mini- und Midijobgrenzen werden erhöht und an die Entwicklung des MiLo gekoppelt.</p> <p>Arbeitszeit</p> <p>Anstelle der täglichen, soll die wöchentliche Höchst-arbeitszeit greifen; die Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht.</p> <p>Mobiles Arbeiten – Homeoffice – Plattform</p> <p>Den rechtlichen Rahmen von Homeoffice an die für mobile Arbeitsplätze geltenden Vorschriften angleichen</p>



					
<p>Das Arbeitszeitgesetz ist ein Arbeitsschutzgesetz.</p> <p>Deshalb lehnen wir jegliche Verschlechterungen ab. Das betrifft auch die Flexibilisierung und Verlängerung von Ladenöffnungszeiten im Handel, die Wochenendarbeit und den Sonntagschutz.</p> <p>Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen konsequent umgesetzt und ausgebaut werden.</p> <p>Zudem müssen die Schutz- und Mitbestimmungsrechte ausgeweitet werden. Dies betrifft u.a. mobile Arbeit/ Homeoffice sowie die Plattformarbeit.</p> <p>Soloselbstständige und Plattformbeschäftigte brauchen branchenspezifisch angemessene Vergütungen. Kollektive Verhandlungen und Honorarempfehlungen für Selbstständige legalisieren.</p>	<p>sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebsparteien</p> <p>Gig-, Click- und Crowdworking begleiten und ggf. gesetzgeberisch eingreifen</p> <p>Auf nationaler und EU-Ebene rechtliche Voraussetzungen schaffen, dass Arbeiten von überall in Europa (gerade für KMU) rechtssicherer wird: daher Regelungen im Arbeits-, Sozialversicherungs- sowie Steuerrecht überprüfen und ggf. anpassen</p> <p>Selbstständige</p> <p>Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, dabei freie Wahl des Produkts und Festhalten an den berufsständischen Versorgungswerken</p> <p>Künstlersozialversicherung stärken, indem der Schutz in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei selbstständiger nicht künstlerischer Nebentätigkeit dauerhaft ausgebaut wird, Prüfung wie die Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte der Kulturbranche weiterentwickelt werden kann.</p>	<p>Fünf-Tage-Woche mind. 24 Tag/Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten (Arbeits- und Ruhezeiten gelten, Erfassung der tägl. Arbeitszeit, Recht auf Nichterreichbarkeit, technische Ausstattung, guter Unfallversicherungsschutz und Mitbestimmungsrecht, Freiwilligkeit für Arbeitnehmer*innen)</p> <p>Maßnahmen gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping vorantreiben</p> <p>Selbstständige</p> <p>Kleine Selbstständige/Solo-Selbstständige</p> <p>Grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge und schrittweise Integration der Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung</p> <p>Einkommensabhängige Beiträge zur Krankenversicherung für Selbstständige</p> <p>Sicherungsgeld für Solo-Selbstständige durch die Bundesagentur für Arbeit. Schutzlücken bei kleinen Selbstständigen und Kreativen beseitigen, soziale Absicherung verbessern (Künstlersozialversicherung, sowie Renten-, Kranken- und</p>	<p>Beweislastumkehr. Jobcenter/Agenturen sollen nicht mehr in diese Vertragsverhältnisse vermitteln.</p> <p>Minijobs</p> <p>Mini- und Midijobs sollen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden. Ab dem 1. Euro sind AG in der Pflicht Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.</p> <p>Arbeitszeit</p> <p>Rechtsanspruch auf Vollzeitstelle; Arbeitszeitverkürzung: Ziel neues Normalarbeitsverhältnis mit 30 Stunden pro Woche; gesetzliche Höchst-arbeitszeit auf max. 40 Stunden pro Woche begrenzen, Ausnahmen für die tägliche Höchst-arbeitszeit von 8 Stunden stärker begrenzen, keine Verkürzung der Ruhezeiten; Aufzeichnungspflicht der täglichen Arbeitszeit und Ruhezeiten umsetzen; keine Arbeit auf Abruf, Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung; Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten;</p> <p>Rechtsanspruch auf 6-wöchi-</p>	<p>Arbeitnehmer*innen; keine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen, Dokumentierung der Arbeitszeit (EU-GH-Urteil umsetzen)</p> <p>Mobiles Arbeiten – Homeoffice – Plattform</p> <p>Recht auf Mobiles Arbeiten einführen, u.a. mit starkem Einfluss der Interessenvertretungen, freiwillig und mit einem Rückkehrrecht</p> <p>Kosten für Mobiles Arbeiten müssen vom Arbeitgeber erstattet werden oder steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein</p> <p>Arbeitsrecht und -schutz für Onlinetätigkeiten/Plattformarbeit regulieren, Mindesthonorare und allgemeinverbindlich erklärte ausgehandelte Honorare</p> <p>Selbstständige</p> <p>freiwillige Arbeitslosenversicherung für alle Selbstständigen mit Auswahl zwischen zwei Tarifen</p>	<p>im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten</p> <p>Rechtsanspruch auf Erörterung (nach niederländischem Vorbild) bei mobiler Arbeit und im Homeoffice</p> <p>Selbstständige</p> <p>Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung an den tatsächlichen Einnahmen orientieren, Statusfeststellung mit einer klaren gesetzlichen Positivliste (Prüfung durch eine unabhängige Stelle, statt durch die Rentenversicherung, freie Wahl bei der Altersvorsorge für Selbstständige (alle geförderten privaten AV für alle Erwerbstätigen öffnen</p>



					
		<p>Arbeitslosenversicherung verbessern) Einkommensabhängige Beiträge zur Krankenversicherung für Selbstständige</p>	<p>ge Pflegezeit mit Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber; Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz; schrittweise von 24 auf 36 Werktage anheben, mind. 6 Wochen Urlaub für jeden; Feiertage, die auf Wochenenden fallen, durch Ersatzfeiertage nachholen.</p> <p>Mobiles Arbeiten - Homeoffice – Plattform</p> <p>Recht auf Homeoffice sowie Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag oder Betriebs-/Dienstvereinbarung, Gültigkeit von Arbeitsschutz und Unfallversicherung</p> <p>Plattformen: Sozialversicherungsbeiträge abführen, Betriebs- und Arbeitnehmerbegriff aktualisieren,</p> <p>Mindesthonorarregelungen für SoloSelbstständige einführen,</p> <p>Selbstständige</p> <p>Mindesthonorarregelungen für SoloSelbstständige einführen, Auftraggeberverpflichtung zu Sozialversicherungsbeiträgen, Arbeitslosenversicherung, Einbeziehung von bislang</p>		



					
<p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Aktive Arbeitsmarktpolitik stärken. Wir brauchen eine staatliche Qualifizierungsoffensive für den Statuserhalt von Fachkräften und für eine soziale Aufstiegsmobilität von Beschäftigten und Erwerbslosen. Dem Recht auf Beratung muss ein Recht auf Förderung folgen.</p> <p>Für in strukturelle Schief lagen geratende Branchen – wie Teile des Luftverkehrs, dem Handel oder Tourismus – braucht es</p> <p>Transformationsfonds für Beschäftigte und Unternehmen, die auch mit dem Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors verbunden werden können. Eine Verlängerung der Bezugsdauer des Transferkurzarbeitergelds sowie die Übernahme von Weiterbildungskosten sind erforderlich.</p> <p>Die Corona-Pandemie darf nicht zu einer verlorenen Generation führen. Junge</p>	<p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Weiterbildungsförderung</p> <p>Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen</p> <p>Unterstützung für Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel mit passgenauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung;</p> <p>vorausschauende Forschung zur Kompetenzentwicklung fördern</p> <p>BAföG: flexibilisieren und zu einem Instrument der individuellen Förderung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln, BAföG auch für alle, die nach dem Bachelor-Abschluss zunächst arbeiten und später den Master erwerben (elternunabhängige Einkommens- und Vermögensprüfung künftig auch nach Vollendung des 35. LJ), BAföG-Zweck erweitern um eine zweite Berufsausbildung (Ersatz der Altersgrenzen durch Höchstgrenzen) usw. und Aufstiegs-BAföG:</p>	<p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Aus- und Weiterbildung</p> <p>BA zu Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung umbauen</p> <p>Rechtsanspruch auf Qualifizierung (ALG Q) nach 3 Monaten ohne neue Erwerbsarbeit</p> <p>geförderte Bildungszeit und Bildungsteilzeit mit finanziellen Förderungen, um Lohn einbußen in dieser Zeit zu kompensieren</p> <p>Transformations- Kurzarbeitergeld für Neuorientierung</p> <p>Beschäftigtentransfers stärker fördern bei Umstrukturierung oder Betriebsschließung</p> <p>Langzeitkonten zu einem persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln (Überstunden verwandeln sich in Zeitguthaben, dieses kann durch Tarifvertrag oder den Staat aufgestockt werden)</p> <p>BAföG: Förderansprüche ausweiten, Rückkehr zum Vollzuschuss, mit dem Auf-</p>	<p>Ausgeschlossenen (SoloSelbstständige, Freiberufler*innen)</p> <p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Weiterbildungsanspruch für alle und für ein Weiterbildungsgeld Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von ihnen finanziert werden; Rechtsanspruch auf zeitweise Arbeitszeitreduktion bei Weiterbildung; Bildungsteilzeit mit teilweisem Lohnausgleich und staatlicher Unterstützung für Berücksichtigung der Sozialversicherung in dieser Zeit; Weiterbildungsfonds der Branchen einrichten; gesetzliche Verpflichtung der Berufs- und Hochschulen, Angebote der beruflichen Fortbildung zu schaffen;</p> <p>Angebote der Arbeitsagenturen und Jobcenter ausbauen, statt möglichst schneller Vermittlung; Weiterbildungsgeld i.H.v. 90 Prozent des letzten Nettoentgelts; allgemeinverbindlicher Tarifvertrag für die Lehrkräfte in der Weiterbildung; Honorarverträge an den TVöD anpassen, bei Vergabe dies verbindlich</p>	<p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Weiterbildung und Qualifizierung: individueller Rechtsanspruch auskömmliches Weiterbildungsgeld und Weiterbildungs-BAföG; Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf vorherigen Stundenumfang Aufbau von Bildungsagenturen, faire Vergütung in der Weiterbildungsbranche, Schaffung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarktes</p> <p>Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen</p> <p>Stärkung der beruflichen Qualifikation mit Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstellen schaffen, Zugang zur Arbeitsversicherung erleichtern (ab 4 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung), freiwillige Arbeitslosenversicherung für alle Selbstständigen mit Auswahl zwischen zwei Tarifen</p> <p>Garantiesicherung statt Hartz IV</p> <p>Neuberechnung des sozioökonomischen Existenzmi-</p>	<p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Midlife-BAföG von bis zu 1.000€/Jahr und persönliches Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber, das steuer- und abgabenfrei für Weiterbildung und Bildungsauszeiten genutzt werden kann</p> <p>Liberales Bürgergeld</p> <p>Steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das ALG II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt und das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen, auch im Sinne einer negativen Einkommensteuer, selbstverdientes Geld weniger anrechnen als bisher,</p> <p>Passiv-Aktiv-Tausch weiterentwickeln</p> <p>Besserer Zuverdienst im ALG II: bis zur Höhe eines Minijobs nichts mehr anrechnen, Schonvermögen in der Grundsicherung erhöhen, ALG II entbürokratisieren und einen einheitlichen Satz für alle erwachsenen</p>



					
<p>Menschen brauchen eine gute Ausbildung. Es muss eine Ausbildungsgarantie geben, und das BAföG umfassend reformiert werden.</p> <p>Erwerbstätige brauchen auch in der digitalen</p> <p>Arbeitswelt mehr Zeitsouveränität für unterschiedliche Lebensphasen sowie für den Wandel von Arbeit in Verbindung mit geförderter Bildungsteilzeit und einem Weiterbildungsge- setz.</p> <p>Die materielle Absiche- rung in der Arbeitslosen- versicherung</p> <p>ist zu verbessern: Erwerbs- biografien wertschätzen – Bezugsdauer des Arbeitslo- sengeldes anpassen.</p> <p>Das Grundsicherungssys- tem muss verändert</p> <p>werden: Zumutbarkeitsre- gelungen auf gute Arbeit ausrichten – Qualifikations- schutz wiedereinführen.</p> <p>Regelsätze und Hinzuver- dienstmöglichkeit erhöhen.</p> <p>Sanktionsregime aufheben, das soziokulturelle Existenz- minimum darf nicht sanktio-</p>	<p>Weiterqualifizierung auch während des Berufs</p> <p>BA und Jobcentern niedrigen Betreuungsschlüssel ermög- lichen</p> <p>Offensive berufliche Aus- und Weiterbildung starten</p> <p>Langzeitarbeitslose besser qualifizieren, anstatt sie in eine Helfertätigkeit zu ver- mitteln</p> <p>Prinzip des Forderns und Förderns erhalten</p> <p>Kein Bedingungsloses Grundeinkommen</p> <p>Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung</p> <p>Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten</p> <p>Anrechnung von Einkommen im SGB II neu gestalten</p> <p>Deutliche Ausweitung der Hinzuverdienstregeln für Jugendliche und junge Er- wachsene SGB II Leistungs- recht vereinfachen</p> <p>Vertraute Wohnsituation schützen bei Personen, die auf ein langes Arbeitsleben zurückblicken</p>	<p>stiegs-BAföG besser abstim- men und zusammenführen, Altersgrenzen aufheben, Neustart-BAföG einführen</p> <p>Elterngeld unabhängige Auszahlung des neuen Kindergeldes (<i>siehe unten</i>) für junge Menschen in Ausbildung, und BAföG obendrauf</p> <p>Wohnheimangebote ausbauen und das Jugendwohnen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe für Menschen bis 27 Jahre ermöglichen, Räume für Jugendarbeit schaffen</p> <p>Fachkräftesicherung Nachwuchskräfte in erziehe- rischen Berufen bis 2030 bundesweit verdoppeln</p> <p>Berufschancen erhöhen Ausbildungsgarantie Vermittlung in duale Ausbildung als oberstes Ziel Umlage/Fonds, beispiele- weise branchenbezogen Ausbildung in Berufsschule oder außerschulische Ausbildung mit Wechsel in betriebliche Ausbildung für alle ohne betrieblichen Ausbildungsplatz Berufsschulen stärken: Modernisierung Ausstattung, Sicherung Lehrkräfte-</p>	<p>durch BA vergüten; bundesweite gesetzliche Bildungsfreistellung</p> <p>Arbeitslosenversicherung</p> <p>Einbeziehung von bislang Ausgeschlossenen (Solo- Selbstständige, Freiberuf- ler*innen)</p> <p>Recht auf Erwerbsarbeit und Recht, konkrete Erwerbsar- beit abzulehnen; Zumutbar- keit: Arbeitsangebote müs- sen „Gute Arbeit“ sein; früherer und längerer An- spruch auf ALG I; Sperrzeiten und Sanktionen abschaffen;</p> <p>Arbeitslosengeld auf 68 Pro- zent (ArbeitslosengeldPlus auf 58 Prozent) erhöhen; beitragsfinanziert</p> <p>Kurzarbeitergeld dauerhaft ausbauen und i.H.v. 90 Pro- zent erhöhen; Unternehmen dürfen keine betriebsbeding- ten Entlassungen vornehmen und keine Dividenden aus- zahlen.</p> <p>Öffentlich geförderten Be- schäftigungssektor schaffen</p> <p>Bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen i.H.v. 1.200 Eu- ro, (Hartz IV abschaffen), Sonderbedarfe und Wohn-</p>	<p>nimums</p> <p>Regelsatz um mind. 50 Euro anheben</p> <p>Leistungen individualisieren</p> <p>Anrechnung von Einkommen</p> <p>Schonvermögen anheben</p> <p>existenzsichernde Soziallei- stungen zusammenlegen und Auszahlung ins Steuersystem integrieren</p> <p>Modellprojekte für Bedin- gungsloses Grundeinkom- men</p> <p>bei Vermittlung: Vorrang für Ausbildung und Qualifizie- rung vor prekärer Beschäfti- gung</p> <p>Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenwirken: mehr berufliche und berufsbegleitende Bildung; duale Berufsausbildung und Finanzierung weiterent- wickeln; Meisterbrief soll kostenfrei werden;</p> <p>Einwanderung: Einführung einer punktebasierten Talentekarte, schnelle und kostengünstigere Anerken- nung und ausländischer Bildungs- und Berufsab- schlüsse, Anerkennungspraxis</p>	<p>Leistungsbezieher*innen – unabhängig vom Beziehungsstatus</p> <p>Gründerzuschuss (Modell NRW – Gründungsstipen- dium inkl. freiwilliger Absicherung in den gesetz- lichen Sozialversicherungen)</p> <p>Berufliche Bildung</p> <p>Exzellenzinitiative mit Aus- zeichnungen und mehr- jährigen Zuschüssen, Zentrum für digitale Berufsbildung, Zugang zu Begabtenförderungswerken und zum Deutschland- stipendium ermöglichen</p> <p>Artverwandte Berufe nach Maßgabe der Sozialpartner in Berufsbilder zusammenfassen</p> <p>Auszubildenden Auslands- erfahrungen ermöglichen</p> <p>Azubi-Botschafter an Gymnasien, Jugendberufsagenturen, Aufstiegs-BAföG erleichtern</p> <p>Zukunftsgarantie für junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden: bundesweites Programm mit regionaler und individueller Ausgestaltung, 3-Säulen: Einstiegsqualifizierung refor-</p>



<p>niert werden.</p>	<p>Inklusion</p> <ul style="list-style-type: none"> - Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln - Inklusiver Erster Arbeitsmarkt: gemeinsam mit Schwerbehindertenvertretungen das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken: Frühwarnsysteme und Präventivmaßnahmen - Werkstattlohn neu regeln, direkte Deckelung des Arbeitsförderungsgeldes aufheben 	<p>Nachwuchs Duales Studium fördern. Gebührenfreiheit bei der Aufstiegsfortbildung</p> <p>Berufschancen erhöhen</p> <p>Ausbildungsgarantie</p> <p>Vermittlung in duale Ausbildung als oberstes Ziel Umlage/Fonds, beispielsweise branchenbezogen Ausbildung in Berufsschule oder außerschulische Ausbildung mit Wechsel in betriebliche Ausbildung für alle ohne betrieblichen Ausbildungsplatz</p> <p>Berufsschulen stärken: Modernisierung Ausstattung, Sicherung Lehrkräfte-Nachwuchs</p> <p>Duales Studium fördern.</p> <p>Gebührenfreiheit bei der Aufstiegsfortbildung</p> <p>Menschen mit Behinderungen</p> <p>sollen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, Recht auf gute Arbeit, Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe, einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber*innen für KMU zu Barrierefreiheit und Lohn-</p>	<p>kosten zusätzlich decken; Anpassung in jeder Legislaturperiode; Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen: Menschen in die Mindestsicherung einbeziehen; zwischenzeitlich Grundsicherung auf 658 Euro erhöhen und Corona-Mehrbedarfszuschlag von 100 Euro/Monat; u.a.</p> <p>Gleiche Rechte für Saisonbeschäftigte und Beschäftigte in Privathaushalten</p> <p>Unterkünfte mit klarer Begrenzung der zulässigen Kosten; Sozialversicherungsschutz-Ausnahmen streichen, Sozialdumping bei Entsendung beenden; Zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger sollen Arbeit in privaten Haushalten organisieren; 24-h-Pflege beenden und arbeitsrechtskonform organisieren</p> <p>Ausbildung</p> <p>Anonymisierte Bewerbungen</p> <p>Mindestausbildungsvergütung: i.H.v. 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung aller Branchen/ kein Schulgeld/</p>	<p>akademischer Abschlüsse verbessern, Spurwechsel für Geflüchtete ermöglichen, Westbalkanregelung ausbauen und verstetigen</p> <p>Ausbildung</p> <p>Ausbildungsgarantie für eine anerkannte Ausbildung, Verbundausbildungen stärken, Umlagefinanzierung:</p> <p>Ausbau und Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen, einzelne Ausbildungsbausteine als Teilqualifizierungen zertifizieren</p> <p>Prüfungen in einfacher Sprache ermöglichen, Jugendberufsagenturen flächendeckend ausbauen, dahingehende Leitungen der Arbeitsagenturen bündeln und verknüpfen, Mindestausbildungsvergütung in Höhe von mind. 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Ausbildungsvergütungen/ Eingruppierungen im öffentlichen Dienst reformieren Aufstockung der europäischen Förderprogramme wie ERASMUS+; 10 Prozent sollen Auslandsaufenthalt antreten können</p>	<p>mieren, sozialpädagogische Begleitung, außerbetriebliche Angebote in Abstimmung mit Sozialpartnern stärken, Praktika stärken, Teilqualifizierungen ausbauen, Ausbildungsdauer flexibilisieren</p>



		<p>zuschüssen, Bundesprogramm Barrierefreiheit auflegen</p> <p>Wissenschaft und Forschung zukunftsfähig halten</p> <p>Zukunftstechnologien fördern technische, kulturelle und soziale Innovationen Exzellenzinitiative weiterentwickeln</p> <p>Gute Wissenschaft mit guten Arbeitsbedingungen: verlässliche Karrierewege, weniger Befristungen in der Wissenschaft, Promovierende für tatsächliche Arbeitszeit bezahlen (100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit), Vereinbarkeit von Familie und Beruf, neue dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur</p> <p>F&E-Ausgaben auf 3,5 Prozent des BIP steigern (stärker KMU in den Fokus nehmen)</p>	<p>tariflich orientiertes Ausbildungsgeld // solidarische Umlagefinanzierung</p> <p>Reform des BBiG: Verbesserung der Ausbildungsqualität und Rechtsanspruch auf vollqualifizierende Ausbildung</p> <p>Berufsbildungspakt für mehr Investitionen und Qualität</p> <p>Studium</p> <p>Gleichwertigkeit der Abschlüsse für die Aufnahme eines Studiums keine Studiengebühren</p> <p>BAföG: rückzahlungsfrei, elternunabhängig und bedarfsgerecht; regelmäßige Anpassung der Höhe, Altersgrenzen abschaffen</p> <p>Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen abschaffen, Hochschulzulassungsgesetz schaffen.</p> <p>Hochschulen demokratisieren – Gute Arbeit in der Wissenschaft: Dauerstellen schaffen, flächendeckender Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, Personalaufbaupakt für die Hochschulverwaltung, Forschungseinrichtungen sollen Mitglied in einem</p>	<p>BAföG neu aufsetzen und in eine Grundsicherung umbauen: elternunabhängig, Garantiebetrag + Bedarfsszuschuss, insgesamt erhöht, keine Studien- und Verwaltungsgebühren an staatlichen Hochschulen, studentische Krankenversicherung weiterentwickeln studentische Vertretung auf Bundesebene ausbauen</p> <p>Arbeitsbedingungen an Hochschulen: Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln und unbefristete Stellen erhöhen, Vereinbarkeit verbessern und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen</p> <p>Teilhabe für Menschen mit Behinderungen u.a. Selbstvertretungsstrukturen stärken und absichern, höhere Ausgleichsabgabe, Werkstattsystem und Tagesförderstätten zu Inklusionsunternehmenssystem umbauen</p> <p>Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse beenden, Beschäftigte aus europäischen Nachbarstaaten besser bezahlen und absichern, Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Schein-</p>	
--	--	---	---	--	--



					
			<p>Arbeitgeberverband werden</p> <p>Inklusiver Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen ohne Sonderstrukturen, Recht auf Assistenz in allen Lebensbereichen, 500 Teilhabe-Beratungsstellen bundesweit einrichten, gesetzliche Beschäftigungspflicht auf sechs Prozent anheben, Ausgleichsabgabe erhöhen, Inklusionsunternehmen stärker fördern, Sonderarbeitsstätten (Werkstätten) schrittweise überflüssig machen und Einführung eines Tarif- bzw. des gesetzlichen Mindestlohns</p>	<p>selbstständigkeit, Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, europäische Sozialversicherungsnummer, höhere Mindeststandards für Unterkünfte, Abschaffung sozialversicherungsfreier kurzfristiger Beschäftigung, gestärkte Europäische Arbeitsbehörde</p>	



Liebe Kolleg*innen,

wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt. In dem Zusammenhang wurde auch beschlossen: ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegen, und

- klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;
- schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien aus;
- stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;
- lädt keine Funktionär*innen, Mandatsträger*innen solcher Organisationen oder Parteien zu Veranstaltungen von ver.di ein;

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise aktuell unter dem Motto „ver.di wählt“ entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

ver.di-Bundesvorstand

Berlin, im Juni 2021



AfD

- **Stärkung Tarifvertragssystem**

Bekanntnis zu „...allgemeinverbindlichen Tarifverträgen.“ Forderung: „eine leistungsgerechte angemessene Bezahlung der Pflegekräfte über einen Flächentarifvertrag mit steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen“. (S. 43)

- **Gender Pay-Gap/Gleichstellung**

„Die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau hat mit der vom Parteienkartell propagierten Gleichstellung und Gleichmacherei nichts zu tun. Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen.“ Kein Geld für „Gender Studies“, keine Gender-Quoten. „Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie. Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden.“ (S. 19, S. 152f)

- **Mitbestimmung**

„Als AfD bekennen wir uns zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben“. (S. 43)

- **Gute Arbeit**

- „Der gesetzliche **Mindestlohn** ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnpfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten. Die Bekämpfung von Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Verstößen gegen das Mindestlohngesetz ist Aufgabe der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Die AfD fordert, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Personalaufbau zu stärken, indem u. a. die Personalgewinnung über eine neue eigenständige zentrale Organisationseinheit organisiert und die Ausbildung der FKS-Mitarbeiter neu geordnet wird.“ (S. 117f)
- „Lohndumping in der **Leiharbeit** verhindern. Leiharbeiter werden vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich der Entlohnung ab dem ersten Arbeitstag mindestens gleichgestellt. Um dem erhöhten Kündigungsrisiko und der erwarteten Flexibilität der Leiharbeiter Rechnung zu tragen, wird eine Flexibilitätsprämie eingeführt. Sie wird als prozentualer Aufschlag auf das maßgebliche Arbeitsentgelt geleistet. Die bisherige Möglichkeit der stufenweisen Heranführung des Entgeltes entfällt. Wirksam geschlossene (Branchen-) Zuschlagstarifverträge behalten bis zum vereinbarten Ablauf ihre Gültigkeit. Eine Verlängerung ist ausgeschlossen.“ (S. 117)
- „Es soll ein **Arbeitsgesetzbuch** geschaffen werden, welches die zahlreichen Einzelgesetze systematisch zusammenführt und ergänzt und damit Klarheit und Rechtssicherheit schafft.“ (S. 120)

- **Arbeitsmarktpolitik**

- „Um echte Teilhabe für **behinderte Menschen** am Arbeitsleben zu verwirklichen, fordert die AfD die Schaffung von Anreizen in Form eines Bonussystems für alle Arbeitgeber für die Einrichtung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung, gekoppelt mit einer fairen Entlohnung.“
- „Die AfD setzt sich für eine Bezugsdauer von **Arbeitslosengeld I** in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung ein. Der Selbstbehalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen.“ (S. 118)
- „Der Beitragssatz in der **Arbeitslosenversicherung** soll abgesenkt werden, um die Einkommen der Arbeitnehmer zu erhöhen und den Produktionsfaktor Arbeit zu entlasten. Dazu



soll die Arbeitslosenversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden und der Kreis der Leistungsberechtigten strikt an dem Kreis der Beitragszahler ausgerichtet werden. Die Versicherten sollen beim Bezug des beitragsfinanzierten Arbeitslosengeldes I nicht mehr mit Sanktionen gegängelt werden.“ (S. 118f)

- o „Die AfD will eine ‚Aktivierende **Grundsicherung**‘ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV“). „Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.“ (S. 119)
- o „**BAföG**-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden.“ (S. 106)
- o „Wir wollen **das berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem** stärken. Der Wert der beruflichen Bildung muss stärker herausgehoben werden. Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährdet das Streben nach immer höheren Abiturientenquoten den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden.“ (S. 147)
- o „Die Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten, in Deutschland herrsche **Fachkräftemangel** und damit ein Bedarf an qualifizierter Einwanderung, dient nur vordergründig dem Gemeinwohl und darf deshalb nicht maßgeblich sein.“ (S. 97)